



**Allgemeine Prüfungsordnung
für Bachelor- und Masterstudiengänge
der Fakultäten Katholische Theologie,
Geistes- und Kulturwissenschaften sowie
Humanwissenschaften
an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Vom 31. März 2008**

(Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2008/2008-83.pdf)

geändert durch:

1. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge der Fakultäten Katholische Theologie, Geistes- und Kulturwissenschaften sowie Humanwissenschaften an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 30. September 2008

(Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2008/2008-131.pdf)

Inhaltsverzeichnis:

§ 1	Geltungsbereich	3
§ 2	Besondere Qualifikationsvoraussetzungen	5
§ 3	Studienbeginn, Studiendauer	5
§ 4	Studienabschlüsse	6
§ 5	Prüfungsausschüsse	7
§ 6	Lehrveranstaltungsleiter bzw. Lehrveranstaltungsleiterinnen und Prüfer bzw.	9
§ 7	Anrechnung von Studienleistungen, Prüfungsleistungen und Praktikumsleistungen und Studienzeiten	9
§ 8	Studienstruktur	11
§ 9	Studienbegleitende Leistungsnachweise	11
§ 10	Zulassung zu studienbegleitenden Leistungsnachweisen	12
§ 11	Grundlagen- und Orientierungsprüfung	13
§ 12	Wiederholung	13
§ 13	ECTS-Punkte, Arbeitspensum	14
§ 14	ECTS-Punktekonto	15
§ 15	Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	15
§ 16	Mängel im Prüfungsverfahren	17
§ 17	Bewertung von studienbegleitenden Leistungsnachweisen	17
§ 18	Bachelorarbeit	18
§ 19	Form, Abgabe, Annahme und Bewertung der Bachelorarbeit	19
§ 20	Wiederholung der Bachelorarbeit	21
§ 21	Masterarbeit	21
§ 22	Bestehen der Bachelorprüfung und der Masterprüfung	21
§ 23	Zeugnis und Urkunde	22
§ 25	Vergünstigungen für Behinderte	23
§ 26	Prüfungsvergünstigungen für Schwangere	23
§ 27	Einsicht in die Prüfungsakten	23
§ 28	In-Kraft-Treten	24

Aufgrund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes - BayHSchG- erlässt die Otto-Friedrich-Universität Bamberg folgende

Prüfungsordnung:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die vorliegende Allgemeine Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge der Fakultäten Katholische Theologie, Geistes- und Kulturwissenschaften sowie Humanwissenschaften an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg (APO) regelt Zweck, Inhalt und Verfahren der Prüfungen in den wissenschaftlichen Bachelor- und Masterstudiengängen mit modularem Leistungspunktesystem an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg:

- Bachelorstudiengang Anglistik/Amerikanistik/English and American Studies
- Bachelorstudiengang Archäologie/Archaeology
- Bachelorstudiengang Germanistik/German Language, Literatures and Cultures
- Bachelorstudiengang Geschichte/History
- Bachelorstudiengang Interdisziplinäre Mittelalterstudien/Medieval Studies
- Bachelorstudiengang Islamischer Orient/Islamic Studies
- Bachelorstudiengang Klassische Philologie/Gräzistik/Classical Greek Language, Literature and Culture
- Bachelorstudiengang Klassische Philologie/Latinistik/Latin Literature
- Bachelorstudiengang Kunstgeschichte/Art History
- Bachelorstudiengang Pädagogik/Education
- Bachelorstudiengang Philosophie
- Bachelorstudiengang Romanistik/Romance Studies
- Bachelorstudiengang Slavistik/Slavic Studies

- Masterstudiengang Anglistik/Amerikanistik/English and American Studies
- Joint Master's Degree in English and American Studies for the Alps Adriatic Region
- Masterstudiengang Archäologie der Römischen Provinzen /Archaeology of the Roman Provinces
- Masterstudiengang Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit/Medieval and Post Medieval Archeology
- Masterstudiengang Erziehungs- und Bildungswissenschaft /Educational Science
- Masterstudiengang Erwachsenenbildung/Weiterbildung /Adult and Further Education
- Masterstudiengang Europäische Ethnologie/European Ethnology
- Masterstudiengang Germanistik: Literaturwissenschaft und Literaturvermittlung
- Masterstudiengang Germanistik: Sprachwissenschaft
- Masterstudiengang Geschichte/History
- Masterstudiengang Interdisziplinäre Mittelalterstudien/Medieval Studies
- Masterstudiengang Interreligiöse Studien: Judentum-Christentum-Islam/Interreligious Studies: Judaism-Christianity-Islam
- Masterstudiengang Iranistik,
- Masterstudiengang Islamische Kunstgeschichte und Archäologie
- Masterstudiengang Islamwissenschaft
- Masterstudiengang Klassische Philologie
- Masterstudiengang Kommunikationswissenschaft/Communication Science
- Masterstudiengang Romanistik/Romance Studies
- Masterstudiengang Slavistik/Slavic Studies
- Masterstudiengang Turkologie
- Masterstudiengang Ur- und frühgeschichtliche Archäologie/Prehistoric Archeology

(2) ¹Die Fachprüfungsordnungen für Bachelor- und Masterstudiengänge enthalten fach- und studiengangsspezifische Regelungen für die in Abs. 1 genannten Studiengänge.

²Die Fachprüfungsordnungen ergänzen die APO. ³Im Zweifel hat die APO Vorrang.

⁴Sofern die Fachprüfungsordnungen das Studium anderer Fächer bzw. Module anderer Fächer festlegen, gelten die Verfahrensbestimmungen der Prüfungsordnung für das jeweilige Fach, sofern eine solche vorhanden ist und sie für dieses Fach Regelungen trifft. ⁵Ansonsten gilt die vorliegende Prüfungsordnung.

§ 2 Besondere Qualifikationsvoraussetzungen

¹Die Qualifikationsvoraussetzungen für die Aufnahme eines Masterstudiengangs werden in den Fachprüfungsordnungen geregelt. ²Im Übrigen können besondere Qualifikationsvoraussetzungen im Rahmen gesonderter Satzungen festgelegt werden.

§ 3 Studienbeginn, Studiendauer

- (1) ¹Die Studiendauer beträgt in den Bachelorstudiengängen bis zum vollständigen Abschluss der Bachelorprüfung in der Regel sechs Semester und in Masterstudiengängen bis zum vollständigen Abschluss der Masterprüfung in der Regel vier Semester, ein Wechsel des Nebenfachs ändert nichts an diesen Fristen. ²Die Fachprüfungsordnungen können abweichende Regelungen unter Beachtung der Höchstdauer von insgesamt 10 Semestern für konsekutive Bachelor- und Masterstudiengänge vorsehen. ³Die Bachelor- und Masterstudiengänge können als Teilzeitstudium absolviert werden, sofern dies die jeweilige Fachprüfungsordnung vorsieht.
- (2) ¹In den Bachelorstudiengängen sind die in den Fachprüfungsordnungen festgelegten studienbegleitenden Leistungsnachweise einschließlich der Bachelorarbeit ordnungsgemäß so rechtzeitig zu erbringen, dass die für den jeweiligen Abschluss erforderliche Anzahl von ECTS-Leistungspunkten bis zum Ende der Regelstudienzeit erreicht wird. ²Hat der Student bzw. die Studentin die erforderlichen Nachweise nicht ordnungsgemäß so rechtzeitig erbracht, dass die für den jeweiligen Abschluss erforderliche Anzahl von ECTS-Leistungspunkten bis zum Ende des achten

Fachsemesters erreicht wird, gilt die Prüfung im Bachelorstudiengang als abgelegt und endgültig nicht bestanden.

- (3) ¹In den Masterstudiengängen sind die in den Fachprüfungsordnungen festgelegten studienbegleitenden Leistungsnachweise einschließlich der Masterarbeit ordnungsgemäß so rechtzeitig zu erbringen, dass die für den jeweiligen Abschluss erforderliche Anzahl von ECTS-Leistungspunkten bis zum Ende der Regelstudienzeit erreicht wird. ²Hat der Student bzw. die Studentin die erforderlichen Nachweise einschließlich der Masterarbeit nicht ordnungsgemäß so rechtzeitig erbracht, dass die für den jeweiligen Abschluss erforderliche Anzahl von ECTS-Leistungspunkten bis zum Ende des zweiten Fachsemesters nach Überschreiten der in der Fachprüfungsordnung festgelegten Regelstudienzeit erreicht wird, gilt die Prüfung im Masterstudiengang als abgelegt und endgültig nicht bestanden.
- (4) Überschreitet ein Student bzw. eine Studentin die Frist nach Abs. 2 Satz 2 oder Abs. 3 Satz 2 aus triftigen Gründen, gewährt der zuständige Prüfungsausschuss auf Antrag eine Studienzeitverlängerung.
- (5) ¹Die Inanspruchnahme der Schutzfristen des § 3 Abs. 2 und des § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen für die Gewährung von Erziehungsurlaub nach Art. 88 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Bayerisches Beamtenengesetz, §§ 12 bis 15 wird ermöglicht. ²Entsprechende Anträge sind an das Prüfungsamt zu richten.

§ 4 Studienabschlüsse

- (1) ¹Mit der bestandenen Bachelorprüfung wird in allen Studiengängen nach § 1 der akademische Grad eines „Baccalaureus Artium (B. A.)“ bzw. „Baccalaura Artium (B. A.)“, in der englischen Übersetzung „Bachelor of Arts (B. A.)“, erworben.
- ²Der akademische Grad kann jeweils auch mit der folgenden Herkunftsbezeichnung geführt werden: „Bachelor of Arts (Univ. Bamberg)“ bzw. „Baccalaureus Artium (Univ. Bamberg)“ bzw. „Baccalaura Artium (Univ. Bamberg)“ bzw. „B. A. (Univ. Bamberg)“.

- (2) ¹Mit der bestandenen Masterprüfung wird in allen Studiengängen nach § 1 der akademische Grad eines „Master of Arts (M. A.)“ erworben. ²Der akademische Grad kann jeweils auch mit der folgenden Herkunftsbezeichnung geführt werden: „Master of Arts (Univ. Bamberg)“ bzw. „M. A. (Univ. Bamberg)“. ³Im Studiengang ‚Joint Master’s Degree in English and American Studies for the Alps Adriatic Region‘ erhält der akademische Grad gemäß Satz 1 einen der Studiengangsbezeichnung entsprechenden Zusatz.

§ 5 Prüfungsausschüsse

- (1) ¹Jeder Bachelorstudiengang und jeder Masterstudiengang ist einem Prüfungsausschuss zugeordnet.
- (2) Der Prüfungsausschuss
- achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung und der jeweiligen Fachprüfungsordnung eingehalten werden,
 - sorgt im Benehmen mit dem Prüfungsamt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen,
 - bestellt die Lehrveranstaltungsleiter bzw. Lehrveranstaltungsleiterinnen und die Prüfer bzw. Prüferinnen,
 - gibt Anregungen zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnungen sowie der Studienpläne,
 - entscheidet in Bachelor- und Masterstudiengängen über die Aufnahme von Studenten bzw. Studentinnen, sofern die Fachprüfungsordnung ein Eignungsfeststellungsverfahren oder eine Aufnahmeprüfung festlegt,
 - entscheidet über die Anrechnung von Studienzeiten, Studien-, Praktikums-, und Prüfungsleistungen,
 - entscheidet über die Zulassung zu Prüfungen,
 - entscheidet in Streitfragen über die Auslegung dieser Prüfungsordnung und der jeweiligen Fachprüfungsordnung,

- entscheidet in allen weiteren, ihm durch diese Prüfungsordnung oder die Fachprüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben.
- (3) ¹Bei Bachelorstudiengängen, die das Studium mehrerer Fächer vorsehen, ist der Prüfungsausschuss zuständig, der dem Hauptfach zugeordnet ist, in dem der akademische Grad erworben wird. ²Entscheidungen, die fachlich das Studium der weiteren Fächer betreffen, sind im Einvernehmen mit den jeweils zuständigen Fachvertretern bzw. Fachvertreterinnen und gegebenenfalls nach Konsultation der Prüfungsausschüsse dieser Fächer zu treffen.
- (4) ¹Die Fachprüfungsordnungen legen für Bachelor- und Masterstudiengänge die Anzahl der Mitglieder des Prüfungsausschusses, die Bestellung der Ausschussmitglieder und deren Amtszeit fest. ²Die Fachprüfungsordnungen können die Einrichtung weiterer Gremien vorsehen, an die einzelne Aufgaben des Prüfungsausschusses übertragen werden.
- (5) ¹Der Prüfungsausschuss wählt aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden bzw. eine Vorsitzende und dessen bzw. deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterin. ²Der bzw. die Vorsitzende führt die laufenden Geschäfte des Ausschusses und leitet dessen Sitzungen. ³Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich.
- (6) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder mindestens eine Woche vorher geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Der Prüfungsausschuss beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ³Stimmenthaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtübertragung sind nicht zulässig. ⁴Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des bzw. der Vorsitzenden den Ausschlag.
- (7) ¹Der bzw. die Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. ²Bei Eilbedürftigkeit kann er bzw. sie eine Abstimmung im Umlaufverfahren durchführen. ³Unaufschiebbare Entscheidungen kann er bzw. sie anstelle des Prüfungsausschusses treffen. ⁴Hiervon hat er bzw. sie dem Prüfungsausschuss

unverzögerlich Kenntnis zu geben. ⁵Dieser kann die Entscheidung aufheben. ⁶Bereits entstandene Rechte Dritter bleiben unberührt.

- (8) ¹Über jede Sitzung des Prüfungsausschusses ist eine Niederschrift anzufertigen. ²Diese muss Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Personen, die behandelten Gegenstände sowie Anträge, Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse enthalten.
- (9) ¹Entscheidungen in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, sind dem bzw. der Betroffenen schriftlich mitzuteilen; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Widerspruchsentscheidungen werden vom Präsidenten bzw. der Präsidentin im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss erlassen, in Fragen fachlich-prüfungsrechtlicher Beurteilung ist die einvernehmliche Beteiligung des Prüfungsausschusses notwendig.

§ 6 Lehrveranstaltungsleiter bzw. Lehrveranstaltungsleiterinnen und Prüfer bzw. Prüferinnen

¹Der zuständige Prüfungsausschuss bestellt die Lehrveranstaltungsleiter bzw. Lehrveranstaltungsleiterinnen, die im Rahmen eines Bachelor- oder Masterstudienganges Lehrveranstaltungen abhalten, studienbegleitende Leistungsnachweise abnehmen und die von den Studierenden erbrachten Leistungsnachweise bewerten. ²Zu Lehrveranstaltungsleitern bzw. Lehrveranstaltungsleiterinnen können nur Personen bestellt werden, die selbst mindestens die durch das erfolgreiche Studium festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ³Im Übrigen gilt in Bachelor- und Masterstudiengängen für die Prüferberechtigung Art. 62 Abs 1 BayHSchG in Verbindung mit der Hochschulprüferverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 7 Anrechnung von Studienleistungen, Prüfungsleistungen und Praktikumsleistungen und Studienzeiten

- (1) ¹An anderen Hochschulen erbrachte Studien-, Prüfungs- und Praktikumsleistungen sind in Bachelor- und Masterstudiengängen anzurechnen, wenn sie nach Inhalt und Prüfungsanforderungen gleichwertig sind. ²Der zuständige Prüfungsausschuss entscheidet über die Gleichwertigkeit.
- (2) ¹Die Fachprüfungsordnungen können in den Bachelor- und Masterstudiengängen den Umfang der anrechenbaren Studien-, Prüfungs- und Praktikumsleistungen begrenzen. ²Die Anerkennung der Bachelor- oder Masterarbeit kann ausgeschlossen werden. ³In Masterstudiengängen ist die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen aus Studiengängen ausgeschlossen, die als Qualifikationsvoraussetzung nachzuweisen sind.
- (3) ¹Prüfungs- und Praktikumsleistungen, die anerkannt werden, sind mit ECTS-Leistungspunkten zu versehen und einem Pflicht- oder Wahlpflichtmodul zuzuordnen.
- (4) ¹Die Noten anzurechnender Studien- und Prüfungsleistungen werden gegebenenfalls nach erfolgter Notenumrechnung auf das Notensystem nach § 17 übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. ²Bei nicht vergleichbaren Notensystemen geht die Bewertung nicht in die Berechnung der Gesamtnote ein.
- (5) ¹An Universitäten und anderen Hochschulen erbrachte Studienzeiten sind anzurechnen. ²Bei Bachelor- und Masterstudiengängen ist die Einstufung in Fachsemester so vorzunehmen, dass die noch zu erbringenden ECTS-Leistungspunkte bis zum Ende der Regelstudienzeit erworben werden können.

§ 8 Studienstruktur

- (1) In den Bachelor- und Masterstudiengängen sind in Pflicht- und Wahlpflichtmodulen ECTS-Leistungspunkte zu erwerben.
- (2) Die Fachprüfungsordnungen regeln die Inhalte der Pflicht- und Wahlpflichtmodule und die Anzahl der für den Studienabschluss insgesamt zu erbringenden ECTS-Leistungspunkte sowie deren Verteilung auf die einzelnen Module.

§ 9 Studienbegleitende Leistungsnachweise

- (1) In den Bachelor- und Masterstudiengängen sind die in den Fachprüfungsordnungen festgelegten Studien-, Praktikums-, und Prüfungsleistungen durch studienbegleitende Leistungsnachweise zu erbringen.
- (2) Ein studienbegleitender Leistungsnachweis kann durch
 - Teilnahme an Vorlesungen oder Seminaren,
 - Referat,
 - schriftliche Hausarbeit,
 - mündliche Prüfung,
 - schriftliche Prüfung,
 - praktische Studienleistung,
 - Praktikum,
 - Bachelor- oder Masterarbeiterbracht werden.

§ 10 Zulassung zu studienbegleitenden Leistungsnachweisen

- (1) ¹Mit der Einschreibung im jeweiligen Studiengang sind Studierende allgemein zu den studienbegleitenden Leistungsnachweisen des jeweiligen Studienganges zugelassen, sofern die Zulassung nicht zu versagen ist.
- (2) Die Zulassung zu studienbegleitenden Leistungsnachweises eines Bachelor- bzw. Masterstudienganges wird versagt, wenn eine gemäß jeweiliger Fachprüfungsordnung zu erbringende Pflichtleistung im Rahmen einer Einschreibung an der Universität Bamberg oder einer anderen Universität oder Hochschule endgültig nicht bestanden wurde oder insoweit kein Prüfungsanspruch mehr besteht.
- (3) ¹Der Student bzw. die Studentin hat nach der erstmaligen Einschreibung und vor dem Erbringen studienbegleitender Leistungsnachweise innerhalb einer vom Prüfungsamt hochschulöffentlich bekannt zu gebenden Frist gegenüber dem Prüfungsamt zu erklären, dass keine Versagungsgründe gemäß Abs. 2 und 3 vorliegen. ²Wird die Erklärung nicht oder nicht fristgemäß abgegeben, gilt die Zulassung zu studienbegleitenden Leistungsnachweisen als versagt.
- (4) ¹Studierende, die sich hinsichtlich einer Pflichtleistung gemäß Abs. 2 und 3 an einer anderen Universität oder Hochschule in einem schwebenden Prüfungsverfahren befinden, haben dies im Rahmen der Erklärung gemäß Abs. 4 anzugeben. ²Die Zulassung zu studienbegleitenden Leistungsnachweisen erfolgt unter der Bedingung, dass das Prüfungsverfahren an der anderen Universität oder Hochschule erfolgreich abgeschlossen wird oder dass die andere Universität oder Hochschule einer Entlassung aus dem schwebenden Prüfungsverfahren zustimmt.

§ 11 Grundlagen- und Orientierungsprüfung

¹In Bachelorstudiengängen ist bis zum Ende des zweiten Semesters mindestens eine Prüfungsleistung als Grundlagen- und Orientierungsprüfung gemäß den Maßgaben der jeweiligen Fachprüfungsordnung abzulegen. ²Bei Studierenden, die ein an einer anderen Hochschule begonnenes Studium gemäß dieser Prüfungsordnung fortsetzen und im Rahmen des bisherigen Studiums die an der Universität Bamberg erforderliche Grundlagen- und Orientierungsprüfung nicht oder nicht vollständig ablegen konnten, kann der zuständige Prüfungsausschuss andere gleichwertige studienbegleitende Leistungsnachweise als Grundlagen- und Orientierungsprüfung anerkennen.

§ 12 Wiederholung

- (1) Ein nicht bestandener studienbegleitender Leistungsnachweis kann im Rahmen des Lehrveranstaltungsangebotes wiederholt werden oder durch einen gleichwertigen anderen studienbegleitenden Leistungsnachweis ersetzt werden, der dem entsprechenden Pflicht- oder Wahlpflichtmodul zugeordnet ist.
- (2) Die Wiederholung eines bestandenen studienbegleitenden Leistungsnachweises ist ausgeschlossen.
- (3) ¹Eine Wiederholungspflicht besteht für nicht bestandene studienbegleitende Leistungsnachweise, die in der jeweiligen Fachprüfungsordnung als zu wiederholende Pflichtprüfungsleistung ausgewiesen sind, sowie für studienbegleitende Leistungsnachweise, die für das Bestehen einer Grundlagen- und Orientierungsprüfung nach Maßgabe der jeweiligen Fachprüfungsordnung erforderlich sind. ²Ein studienbegleitender Leistungsnachweis, für den eine Wiederholungspflicht besteht, kann einmal wiederholt werden. ³Eine zweite Wiederholung, ist nach Maßgabe der jeweiligen Fachprüfungsordnung zulässig. ⁴Die zweite Wiederholung einer Grundlagen- und Orientierungsprüfung ist ausgeschlossen. ⁵Besteht eine Wiederholungspflicht, muss die Wiederholung in der

Regel spätestens innerhalb von sechs Monaten erfolgen. ⁶Der Wiederholungstermin findet in der vorlesungsfreien Zeit des folgenden Semesters statt, sofern nicht die Fachprüfungsordnung eine kürzere Wiederholungsfrist festsetzt. ⁷Bei studienbegleitenden Leistungsnachweisen, bei denen die Belegung einer Lehrveranstaltung Bestehensvoraussetzung ist, kann die Wiederholungsfrist nach Maßgabe der jeweiligen Fachprüfungsordnung verlängert werden, wenn die entsprechende Lehrveranstaltung nur einmal jährlich angeboten wird. ⁸Hinsichtlich der jeweils geltenden Wiederholungsfrist kann der zuständige Prüfungsausschuss auf Antrag eine Nachfrist gewähren, sofern der bzw. die Studierende triftige Gründe geltend macht. ⁹Die Pflicht zur Wiederholung wird durch Beurlaubung und Exmatrikulation nicht unterbrochen. ¹⁰Versäumt der bzw. die Studierende die Wiederholung aus von ihm bzw. ihr zu vertretenden Gründen, gilt der studienbegleitende Leistungsnachweis als endgültig nicht bestanden.

- (4) Hat der bzw. die Studierende einen studienbegleitenden Leistungsnachweis, für den eine Wiederholungspflicht nach Abs. 3 besteht, endgültig nicht bestanden, gilt der Bachelor- oder Masterstudiengang als endgültig nicht bestanden.

§ 13 ECTS-Punkte, Arbeitspensum

- (1) In den Bachelor- und Masterstudiengängen wird für die Bemessung des Studienvolumens und des Arbeitspensums ein Leistungspunktesystem nach dem European Credit Transfer System (ECTS) verwendet.
- (2) Nach Maßgabe der Fachprüfungsordnungen entspricht die durchschnittliche Arbeitslast eines Semesters etwa 30 ECTS-Punkten.
- (3) Die Fachprüfungsordnungen legen die für die einzelnen studienbegleitenden Leistungsnachweise zu vergebenden ECTS-Punkte entsprechend der durchschnittlich vorausgesetzten Arbeitslast fest.

- (4) ¹ECTS-Punkte werden bei Nachweis eines studienbegleitenden Leistungsnachweises vergeben, der mit der Note „ausreichend“ (4,0) oder besser aufgrund individueller bzw. eigenständig erbrachter, abgrenzbarer Studienleistungen bewertet wurde. ²Praktikumsleistungen werden nicht benotet, sofern keine begleitenden Lehrveranstaltungen zu absolvieren sind.

§ 14 ECTS-Punktekonto

- (1) ¹Der Umfang der erbrachten studienbegleitenden Leistungsnachweise sowie deren Gewichtung und Bewertung werden in einem Punktekonto verzeichnet.
- (2) ¹Im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten ist dem Studenten bzw. der Studentin Einsicht in seine bzw. ihre Konten zu gewähren. ²Sofern für studienbegleitende Leistungsnachweise Testatkarten oder Seminarscheine ausgestellt werden, ist der Student bzw. die Studentin selbst für die Führung seines bzw. ihres Kontos verantwortlich.

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Ein studienbegleitender Leistungsnachweis gilt als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der Student bzw. die Studentin eine schriftliche oder mündliche Prüfung ohne triftige Gründe versäumt oder wenn er bzw. sie nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfungsleistung zurücktritt oder wenn er bzw. sie ein Referat, eine schriftliche Hausarbeit oder einen praktischen studienbegleitenden Leistungsnachweis nicht innerhalb der vom Lehrveranstaltungsleiter bzw. von der Lehrveranstaltungsleiterin festgesetzten Frist erbringt.
- (2) ¹Die für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachten Gründe müssen dem bzw. der Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses vom Studenten bzw. von der Studentin unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft nachgewiesen

werden. ²Bei Krankheit des Studenten bzw. der Studentin kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden, das grundsätzlich auf einer Untersuchung beruhen muss, die am Tag der geltend gemachten Prüfungs- oder Studierunfähigkeit erfolgt ist. ³In begründeten Zweifelsfällen kann das Prüfungsamt zusätzlich ein Zeugnis des Gesundheitsamtes verlangen. ⁴Die für einen Rücktritt während einer schriftlichen oder mündlichen Prüfung geltend gemachten Gründe sind darüber hinaus unverzüglich gegenüber dem jeweiligen Prüfer bzw. der jeweiligen Prüferin oder dem bzw. der Aufsichtsführenden zu erklären und glaubhaft zu machen.

- (3) ¹Über die Anerkennung der Gründe für Versäumnis oder Rücktritt entscheidet der zuständige Prüfungsausschuss. ²Werden die Gründe vom Prüfungsausschuss anerkannt, so kann der Student bzw. die Studentin die nicht erbrachte Prüfungsleistung zum nächsten regulären Prüfungstermin nachholen. ³Bereits erbrachte Teilleistungen werden angerechnet.
- (4) ¹Versucht ein Prüfungskandidat bzw. eine Prüfungskandidatin das Ergebnis einer Studien- oder Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, so gilt der betreffende studienbegleitende Leistungsnachweis als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. ²Die Entscheidung trifft der Lehrveranstaltungsleiter bzw. die Lehrveranstaltungsleiterin.
- (5) ¹Ein Student bzw. eine Studentin, der bzw. die den ordnungsgemäßen Erwerb studienbegleitender Leistungsnachweise stört, kann vom Lehrveranstaltungsleiter bzw. von der Lehrveranstaltungsleiterin von der Teilnahme an schriftlichen und mündlichen Prüfungen ausgeschlossen werden. ²In diesem Falle gilt der betreffende studienbegleitende Leistungsnachweis als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet.
- (6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder eines Lehrveranstaltungsleiters bzw. einer Lehrveranstaltungsleiterin sind dem Studenten bzw. der Studentin schriftlich mitzuteilen und zu begründen.

§ 16 Mängel im Prüfungsverfahren

- (1) Erweist sich, dass der Erwerb eines studienbegleitenden Leistungsnachweises mit Mängeln behaftet war, die die Chancengleichheit erheblich verletzt haben, so kann der zuständige Prüfungsausschuss auf Antrag eines Studenten bzw. einer Studentin oder von Amts wegen die Entscheidung über die Vergabe von ECTS-Leistungspunkten für einen bestimmten Studenten bzw. eine bestimmte Studentin oder für alle Studenten, die von diesem Mangel betroffen sind, zurücknehmen.
- (2) ¹Angebliche Mängel müssen spätestens einen Monat, nachdem die Vergabe von ECTS-Leistungspunkten erfolgt ist oder verweigert wurde, schriftlich beim zuständigen Prüfungsausschuss geltend gemacht werden. ²Entscheidungen von Amts wegen sind nur innerhalb von fünf Jahren nach der Vergabe oder Versagung von ECTS-Leistungspunkten möglich.

§ 17 Bewertung von studienbegleitenden Leistungsnachweisen

- (1) ¹Für die Bewertung studienbegleitender Leistungsnachweise werden folgende Noten und Prädikate verwendet:

Note 1 =	sehr gut:	eine hervorragende Leistung;
Note 2 =	gut:	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
Note 3 =	befriedigend:	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
Note 4 =	ausreichend:	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
Note 5 =	nicht ausreichend:	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

²Zur differenzierteren Bewertung der Prüfungsleistungen können die Noten um 0,3 verringert oder erhöht werden. ³Die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.
- (2) ¹Die Berechnung der Gesamtnote in Bachelor- und Masterstudiengängen erfolgt durch gewichtete Durchschnittsbildung aller benoteten und mit mindestens

ausreichend bewerteten studienbegleitenden Leistungsnachweise. ²Die Gewichtung erfolgt entsprechend der Anzahl der für den jeweiligen studienbegleitenden Leistungsnachweis erworbenen ECTS-Punkte ³Die Fachprüfungsordnungen können festlegen, dass nur die zum erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen ECTS-Leistungspunkte bei der Notenbildung berücksichtigt werden. ⁴Sofern mehr ECTS-Leistungspunkte erworben wurden, als für den Abschluss des Studiums erforderlich sind, bestimmt der Prüfungskandidat bzw. die Prüfungskandidatin, welche studienbegleitenden Leistungsnachweise bei der Bildung der Gesamtnote zu berücksichtigen sind. ⁵Sofern eine Fachprüfungsordnung einen nicht fachgebundenen Punkteanteil im Sinne eines Studium Generale vorsieht, bleiben die mit diesen Leistungsnachweisen erworbenen Noten in jedem Falle unberücksichtigt.

(3) Die Gesamtnote wird auf eine Stelle nach dem Komma ermittelt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(4) ¹Die Gesamtnote ist nach folgender Notenskala zu bezeichnen:

1,0 bis 1,5:	sehr gut,
von 1,6 bis 2,5:	gut,
von 2,6 bis 3,5:	befriedigend,
von 3,6 bis 4,0:	ausreichend,
über 4,0:	nicht ausreichend.

²Die Note wird im Zeugnis in Worten und als Zahlenwert angegeben.

§ 18 Bachelorarbeit

(1) ¹Im Rahmen der Bachelorstudiengänge ist eine schriftliche Bachelorarbeit zu verfassen. ²Die Fachprüfungsordnungen können vorsehen, dass eine Bachelorarbeit als Gruppenarbeit verfasst werden kann. ³In diesem Fall muss sie eine von den Verfassern und Verfasserinnen gemeinsam unterzeichnete Erklärung darüber enthalten, welche Bestandteile der gemeinschaftlichen Arbeit von wem stammen, wobei ausdrücklich zu versichern ist, dass diese Beiträge die jeweils eigene Leistung

dem angegebenen Verfasser bzw. der angegebenen Verfasserin sind und dass hierfür keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden.

- (2) ¹Die Fachprüfungsordnungen legen fest, unter welchen Voraussetzungen die Zulassung zur Bachelorarbeit erteilt wird. ²Das Thema der schriftlichen Bachelorarbeit ist spätestens so zu vergeben, dass das Studium innerhalb der jeweiligen Höchststudienzeit abgeschlossen werden kann.
- (3) Die Themenvergabe erfolgt durch einen Prüfer bzw. eine Prüferin, der bzw. die nach Art. 62 Abs. 1 BayHSchG in Verbindung mit der Hochschulprüferverordnung in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Bachelorprüfungen befugt sein muss.
- (4) Das Thema kann nur einmal und nur aus triftigen Gründen und mit Einwilligung des zuständigen Prüfungsausschusses innerhalb von vier Wochen nach Ausgabe des Themas zurückgegeben werden.
- (5) ¹Die Bearbeitungsfrist beginnt mit Ablauf des Tages der Ausgabe des Themas der Bachelorarbeit. ²Die Fachprüfungsordnungen legen die jeweilige Bearbeitungszeit für eine Bachelorarbeit fest. ³Bei Vorliegen triftiger Gründe kann dieser Zeitraum auf schriftlichen Antrag vom zuständigen Prüfungsausschuss nach Maßgabe der Fachprüfungsordnungen verlängert werden. ⁴Im Falle einer ärztlich attestierten Erkrankung kann auf schriftlichen Antrag der Fristablauf unterbrochen werden. ⁵Die Dauer der Unterbrechung bemisst sich nach der ärztlich attestierten Dauer der Erkrankung. ⁶Die Fachprüfungsordnungen können eine maximale Dauer für krankheitsbedingte Fristunterbrechungen festlegen. ⁷Bei Überschreiten dieser Höchstgrenze gilt die Ausgabe des Themas als nicht erfolgt.

§ 19 Form, Abgabe, Annahme und Bewertung der Bachelorarbeit

- (1) ¹Die Bachelorarbeit ist maschinenschriftlich und in deutscher Sprache abzufassen und innerhalb der gemäß § 18 Abs. 5 festgesetzten Frist in zweifacher Ausfertigung und in gebundener Form beim Prüfungsamt einzureichen. ²Auf schriftlichen Antrag

des Prüfungskandidaten bzw. der Prüfungskandidatin kann der zuständige Prüfungsausschuss mit Zustimmung des Prüfers bzw. der Prüferin das Abfassen der Bachelorarbeit in einer anderen lebenden Sprache gestatten.

- (2) Mit der Bachelorarbeit ist eine schriftliche Erklärung des Studenten bzw. der Studentin einzureichen, dass er bzw. sie die Arbeit selbständig verfasst hat und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden, dass Zitate kenntlich gemacht sind und die Arbeit noch in keinem anderen Prüfungsverfahren vorgelegt wurde.
- (3) ¹Wird die Bachelorarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, gilt sie als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. ²Bei Übersendung der Bachelorarbeit mit der Post ist für die Wahrung der Frist das Datum des Poststempels maßgebend.
- (4) ¹Die Bachelorarbeit wird von dem Prüfer bzw. der Prüferin, der bzw. die das Thema gestellt und die Betreuung übernommen hat, sowie in der Regel von einem zweiten Gutachter bzw. einer zweiten Gutachterin schriftlich beurteilt. ²Wird die Arbeit mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, so ist sie in jedem Fall von einem zweiten Prüfer bzw. einer zweiten Prüferin zu bewerten. ³Bei einer nicht übereinstimmenden Bewertung entscheidet der zuständige Prüfungsausschuss über die endgültige Bewertung, sofern nicht die Fachprüfungsordnung eine Notenmittelung vorsieht.
- (5) Die schriftliche Beurteilung bzw. die schriftlichen Beurteilungen sowie die Benotung der Bachelorarbeit sollen in der Regel drei Monate nach Eingang der Arbeit vorliegen, soweit nicht die Fachprüfungsordnungen anderweitige Festlegungen enthalten.
- (6) Die Note der Bachelorarbeit wird dem Studenten bzw. der Studentin vom Prüfungsamt mitgeteilt.

§ 20 Wiederholung der Bachelorarbeit

- (1) ¹Eine Bachelorarbeit, die mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet worden ist, kann einmal mit einem neuen Thema wiederholt werden. ²Der Student bzw. die Studentin hat sich unverzüglich um die Ausgabe eines Themas für die Bachelorarbeit zu bewerben; über begründete Ausnahmen entscheidet auf Antrag der zuständige Prüfungsausschuss.
- (2) ¹Die Bachelorarbeit gilt als endgültig nicht bestanden, wenn sie im Rahmen einer Wiederholung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet worden ist. ²Eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen.

§ 21 Masterarbeit

- (1) Im Rahmen der Masterstudiengänge ist eine schriftliche Masterarbeit zu verfassen.
- (2) Die §§ 18 bis 20 gelten entsprechend.

§ 22 Bestehen der Bachelorprüfung und der Masterprüfung

- (1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn die in der Fachprüfungsordnung festgelegte Anzahl an ECTS-Leistungspunkten sowie eine mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bestandene Bachelorarbeit im Rahmen eines ordnungsgemäßen Studiums erbracht wurden.
- (2) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die in der Fachprüfungsordnung festgelegte Anzahl an ECTS-Leistungspunkten sowie eine mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bestandene Masterarbeit im Rahmen eines ordnungsgemäßen Studiums erbracht wurden.

§ 23 Zeugnis und Urkunde

- (1) ¹Über den erfolgreichen Abschluss des Bachelor- oder des Masterstudiums wird ein Zeugnis ausgestellt. ²Als Datum des Zeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem der letzte studienbegleitende Leistungsnachweis abschließend bewertet wurde. ³Das Zeugnis wird von dem bzw. der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.
- (2) Das Zeugnis benennt die studierten Fächer, beinhaltet die Titel der erbrachten studienbegleitenden Leistungsnachweise, deren Benotung, die erzielten ECTS-Punkte, das Thema und die Benotung der Bachelor- bzw. der Masterarbeit und die Gesamtnote.
- (3) ¹Mit dem Zeugnis wird dem Prüfungskandidaten bzw. der Prüfungskandidatin eine Urkunde in deutscher und englischer Sprache ausgehändigt, die die Verleihung des akademischen Grades gemäß § 4 beurkundet. ²Die Urkunde wird vom Präsidenten bzw. von der Präsidentin der Universität Bamberg und vom Dekan bzw. von der Dekanin oder ggf. dem bzw. der für den Studiengang Verantwortlichen unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität Bamberg versehen. ³Sie trägt das Datum des Zeugnisses. ⁴Urkunden, die im Rahmen von Abkommen über Doppeldiplome oder gemeinsame Abschlüsse vergeben werden, sind entsprechend den Vereinbarungen mit der jeweiligen ausländischen Partnerhochschule auszufertigen.
- (4) Dem Zeugnis wird ein Diploma Supplement in englischer Sprache beigefügt, das ergänzende Informationen über die Studieninhalte und den Studienverlauf enthält.
- (5) ¹Studierende, die ihr Studium beenden, ohne einen Abschluss erworben zu haben, erhalten auf Antrag eine Bescheinigung über die erbrachten studienbegleitenden Leistungsnachweise, deren Benotung und die erreichten ECTS-Punkte.

§ 25 Vergünstigungen für Behinderte

- (1) ¹Auf die besondere Lage von Prüfungskandidaten bzw. Prüfungskandidatinnen mit länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung ist in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen. ²Insbesondere ist behinderten Studenten und Studentinnen, wenn die Art der Behinderung es rechtfertigt, eine Verlängerung der Bearbeitungszeit für schriftliche Prüfungsleistungen zu gewähren.

- (2) ¹Prüfungsvergünstigungen gemäß Abs. 1 werden nur auf schriftlichen Antrag hin gewährt. ²Der Antrag ist spätestens vier Wochen vor der Prüfungsleistung an den zuständigen Prüfungsausschuss zu richten; die Art der Behinderung ist durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft zu machen.

§ 26 Prüfungsvergünstigungen für Schwangere

¹Schwangere haben ab der 30. Schwangerschaftswoche bei schriftlichen Prüfungen nach je zwei Stunden Arbeitszeit Anspruch auf eine Erholungspause von 30 Minuten Dauer, während deren sie in Begleitung einer Aufsichtsperson den Prüfungsraum verlassen und auf Wunsch im Freien spazieren gehen können. Diese Pausenzeit wird an die Prüfungszeit angehängt. ²Die Erleichterung wird gewährt, wenn die betroffenen Studentinnen dem zuständigen Prüfungsausschuss spätestens vier Wochen vor dem Klausurtermin einen entsprechenden Antrag stellen und eine ärztliche Bescheinigung darüber vorlegen, in welcher Schwangerschaftswoche sie sich zum Klausurtermin befinden werden.

§ 27 Einsicht in die Prüfungsakten

¹Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Prüfungskandidaten bzw. der Prüfungskandidatin auf Antrag Einsicht in die Gutachten der Bachelor- oder der Masterarbeit und gegebenenfalls in die Prüfungsprotokolle gewährt, soweit die

Fachprüfungsordnung studienbegleitende Leistungsnachweise in Form mündlicher Abschlussprüfungen vorschreibt. ²Der bzw. die Vorsitzende des zuständigen Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 28 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

- (2) ¹Die Allgemeine Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 1. Oktober 2004 (Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2005/2005-13.pdf), zuletzt geändert durch Satzung vom 2. Mai 2007 (Fundstelle: http://www.uni-Bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2007/2007-50.pdf) tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft. ²Hiervon unberührt sind Übergangsregelungen, die im Rahmen von Satzungen zur Änderung der Allgemeinen Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 1. Oktober 2004 getroffen wurden.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 14. November und 06. Februar 2008 sowie der Genehmigung gemäß Art. 13 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Art. 61 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG durch den Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 31. März 2008.

Bamberg, 31. März 2008

gez.

**Prof. Dr. Dr. habil. G. Ruppert
Präsident**

Die Satzung wurde am 31. März in der Universität Bamberg niedergelegt; die Niederlegung wurde am gleichen Tag durch Anschlag in der Hochschule bekannt gemacht. Tag der Bekanntmachung ist daher der 31. März 2008.